

UB Braunschweig 84



2228-838-9

Nochmals die Braunschweigische Thronfolgefrage.

Ein Wort zum Frieden

von

einem Braunschweiger.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“

Sprüche Sal. 14, 34.

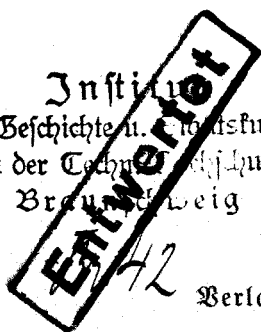


Institut

für Geschichte u. Staatskunde
an der Technischen Hochschule
Braunschweig

Wolfenbüttel, 1896.

Verlag von Julius Zwißler.





As 27

Nachstehend abgedruckten Brief habe ich mit folgenden Zeilen aus einer preussischen Stadt erhalten:

Sehr geehrter Herr!

„Beifolgender Brief ist mir aus dem Braunschweigischen zugegangen, und da ich ihn für geeignet halte, den Interessenten wie dem großen Publikum einen Überblick über die Braunschweigische Frage und einen Einblick in die Stimmung der Braunschweiger zu gewähren, so glaube ich keine Indiskretion zu begehen, wenn ich Sie bitte, denselben abzu drucken.

N. N.“

Nach der Durchsicht des Schriftstücks war ich keine Minute mit mir im Zweifel, daß ich dieser Bitte nicht allein entsprechen wollte, sondern sogar entsprechen mußte. Möchte der Brieffschreiber sein, wer er wollte, ein Mann, der sich so auf den Rechtsstandpunkt stellt, wie der Schreiber, kann nur ein Mann von lauterem Charakter, aufrichtiger Vaterlandsliebe und gesundem Deutschtum sein. Dabei konnte ich nicht vergessen, was mein lieber heimgegangener Freund, der Rechtsanwalt Albert Baumgarten in Wolfenbüttel, so oft zu mir sagte, wenn er die Braunschweigische Frage mit mir

durchsprach, sie kann nur unter dem Gesichtspunkte gelöst werden: „Justitia est fundamentum regnorum.“ Und dafür ist dieser Brief ein unantastbarer Beleg, der dem in seinem Standpunkt Befestigten aus dem Herzen geschrieben ist, den gleichgültig Dastehenden aus seiner Lethargie aufrütteln, den Zweifelnden stark und den auf anderem Standpunkt Stehenden stutzig machen, ja ihm an manchen Stellen die Schamröthe ins Gesicht treiben muß.

Jul. Zwißler.

Mein werter Freund!

Sie fragen, wie ich über die Braunschweigische Thronfolgefrage, von der jetzt in den Zeitungen wieder einmal so viel die Rede ist, denke, und äußern darüber Ihre Verwunderung, daß man aus Braunschweiger Kreisen selbst so wenig über die ganze Angelegenheit, über die Auffassung und Stimmung der Bevölkerung, die die Sache doch zunächst angeht, vernehme. Diese Ihre Beobachtung ist gewiß richtig, aber die Thatsache auch leicht zu erklären. Denn diese sog. „Frage“ ist für uns eigentlich gar keine Frage, wenigstens so weit nicht, wie unser Wille dabei in Betracht kommt. Die endgültige Entscheidung der Sache aber liegt nicht bei uns, sondern in eines Mächtigeren Hand, dem wir mit Aussicht auf thatfächlichen Erfolg niemals Widerstand entgegen setzen können, bei Seiner Majestät dem Kaiser. Je mehr wir aber der festen Überzeugung sind, daß Seine Weisheit und Gerechtigkeit, wenn die Zeit gekommen ist, eine Lösung der Frage wird zu finden wissen, die den Forderungen des Rechts wie des Staatswohls in gleicher Weise entspricht, um so weniger halten wir es für angebracht und taktvoll, immer wieder in den öffentlichen Blättern diese Angelegenheit zu erörtern. Was wird damit erreicht? Wer ist befähigt, ein richtiges Urtheil über den wahren Stand der Sache abzugeben? Wahrscheinlich doch nur zwei Männer, der Kaiser und der Herzog von Cumberland, von denen

sicherlich keiner eines jener Blätter zu seinem Sprachrohre bestellt hat. Haben die Hohen Herren unter sich einen ehrlichen Ausgleich der früheren, unglückseligen Zwistigkeiten ihrer Häuser gefunden, so ist Friede und allgemeine Zufriedenheit auch bei uns mit einem Schlage hergestellt, mögen scharfsinnige Zeitungsschreiber uns jetzt noch so berecht das Gegentheil deduzieren. Jene Artikel machen daher hier auch im Ganzen sehr wenig Eindruck. Man hält sie für müßige Ausgeburten eifriger Redakteure, die ihre Spalten zu füllen wünschen. Nur von wenigen Seiten sind sie wirklich ernsthaft zu nehmen. So besonders von den Organen der deutsch-hannoverschen Partei, da diese in dem von uns gewünschten Ausgleich mit Recht eine schwere Schädigung ihrer Parteinteressen fürchtet, so ferner auch von allen demokratisch gesinnten Blättern, die in der Beseitigung der legitimen Monarchie in Braunschweig einen willkommenen Präzedenzfall für die Zukunft erhoffen.

Wir Braunschweiger sind im Grunde sehr ruhige Staatsbürger. Ein bekannter, jetzt verstorbener hannoverscher Reichstagsabgeordneter, der zeitweise einen Braunschweigischen Wahlkreis vertrat, pflegte zu sagen: die Braunschweiger sind immer viel zu gut regiert, die haben das Opponieren verlernt. Mag man die Richtigkeit dieser Behauptung dahin gestellt sein lassen, so viel steht fest, daß der Grundzug der langjährigen Regierung des Herzogs Wilhelm, wie ihn der verdiente Staatsminister W. Schulz einmal treffend charakterisierte, Gerechtigkeit und Wohlwollen gewesen. Das hat man bei uns dankbar empfunden, und es hat daher stets volles Vertrauen zu der Regierung geherrscht. Dies ist dem Lande während des Regentschaftsjahres wesentlich zu Gute gekommen, und mit Recht ist dieses Gefühl unter der Regentschaft des Prinzen Albrecht erhalten geblieben, so daß wir jetzt des festen Glaubens leben, der Kaiser und der Herzog werden, der Pflichten, die sie gegen das Braunschweiger Land beide besitzen, eingedenk, uns den Frieden und die ersehnte Festigung unserer Verhältnisse schon bringen, unsere jetzige Regierung

aber, so viel an ihr liegt, alles daran setzen, daß dieses Ziel so bald wie möglich erreicht werde.

Damit habe ich Ihnen eigentlich den Standpunkt, welchen wir hier einnehmen, den des ruhigen, vertrauensvollen Abwartens, schon dargelegt. Wollen Sie aber noch näher hören, wie mir und vielen Anderen bei der Sache ums Herz ist, so will ich versuchen, Ihnen jenen Standpunkt ausführlicher zu begründen.

Wir Braunschweiger haben mit der deutsch-hannoverschen Partei keine gemeinsame Sache. Suchen wir auch beide die Rechte des Herzogs von Cumberland zu vertreten, so werden diese doch bei uns und bei ihnen sehr verschieden aufgefaßt. Wir wollen den nach Recht und Verfassung allein zulässigen Zustand erhalten und ihm ganz zum Siege verhelfen, jene einen durch die Reichsverfassung feierlichst sanktionierten Rechts- und Besitzstand ändern und zerstören. Allerdings hat man versucht, diese Bestrebungen aus der Provinz Hannover auch nach uns zu verpflanzen, und leider haben auch ein paar Adelige, die bei dem Herzoge Wilhelm in Dienst standen, es nicht verschmäht, dieser Verbindung verschiedener Interessen Vorschub zu leisten. Das führt leicht zu Verdunkelung und Verdächtigung unserer gerechten Wünsche und wird noch leichter dazu ausgebeutet. Um so mehr thut es not, die Verschiedenheit der Braunschweigischen und Hannoverschen Welsen, wenn ich mich so ausdrücken darf, nachdrücklich zu betonen. Auch haben jene Bestrebungen hier zu Lande nur wenig Anklang gefunden. Haben sich auch an verschiedenen Orten des Herzogtums welfische Clubs gebildet, die Beziehungen zu Hannoverschen Vereinen unterhalten, so steht doch die große Menge der Bevölkerung diesem Treiben fremd gegenüber, ja es giebt hier viele warme Anhänger des Herzogs, die diese Verbindung mit fremden Elementen, das laute und keineswegs immer taktvolle Gebahren dieser gewiß wohlgesinnten Leute mißbilligen und der Ansicht sind, daß den Interessen des Herzogs damit nichts weniger als gedient werde. Die Zahl der Mitglieder dieser Vereine ist, wie gesagt, verhältniß-

mäßig gering. Das führt wieder zu völlig irrigen Schlüssen, wenn man daraus, wie es gelegentlich geschehen ist, folgern will, die Zahl der Anhänger des Herzogs sei überhaupt eine kleine. Sie ist nach den Rundgebungen jener Leute ganz und gar nicht zu ermessen. Denn es gehören dazu Männer der verschiedensten Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Wurden hier aber welfische Reichstagskandidaten aufgestellt, so waren dies hannoversch gesinnte Männer, niemals solche, die nur den Braunschweigischen Rechtsstandpunkt vertraten. Es ist natürlich, daß sich auf jene nur eine geringe Anzahl von Stimmen sammelte.

Denn die Braunschweiger erkennen mit ganz verschwindenden Ausnahmen rückhaltlos die großen Ereignisse der Jahre 1866 und 1870 als feststehende Thatfachen an, an denen nicht zu rütteln ist, und freuen sich aufrichtig und stolz der großen Errungenschaften, die die Aufrichtung des Deutschen Reiches uns brachte. Für reichsfeindliche Bestrebungen ist hier in Braunschweig absolut kein Boden vorhanden. Gern sind hier an Rechten und Einrichtungen alle die Opfer gebracht worden, die das Wohl des Ganzen, das Gedeihen des Reichs gebieterisch forderte. Aber je bereitwilliger dies geschah, um so berechtigter erscheint uns die Forderung, auf den Gebieten die Selbständigkeit uns zu lassen, wo sie die anderen Staaten auch besitzen, wo die Einheit nicht nothut, vielmehr die Vielseitigkeit dem deutschen Wesen entspricht und von jeher die schönsten Blüten deutscher Kultur gezeitigt hat.

Ist das Gebiet Braunschweigs auch nur klein, besitzt es auch sehr verzwickte Grenzverhältnisse, so ist es doch eine vielhundertjährige, ruhmreiche Geschichte, die diese etwas zerstückten Landesteile zusammenhält. Die Bewohner fühlen sich in ihren Verhältnissen glücklich und zufrieden und sehnen sich, so sehr sie auch wünschen, mit dem großen Nachbar Preußen, der es fast rings umschließt, stets in bestem Einvernehmen zu leben, doch nicht danach, ganz in ihm aufzugehen. Hat in den letzten Jahren, wie es scheint,

die Abneigung gegen preußisches Wesen vielleicht etwas zugenommen, so wird dies wohl nicht mit Unrecht vor Allem dem Verhalten der preußischen Eisenbahnverwaltung zugeschrieben. Die Braunschweiger wünschen zunächst — wer will es ihnen verdenken? — ihre guten finanziellen Verhältnisse sich zu bewahren; sie glauben aber nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Kräfte zu besitzen, die zur Selbstregierung eines Staatswesens befähigen und berechtigen. Sie hängen an ihren Überlieferungen und Einrichtungen und wollen das gewisse Gute gegen ein Ungewisses und Zweifelhafte nicht aufs Spiel setzen. So meinen sie im Körper des Deutschen Reiches ein lebenskräftiges Glied bilden und zu ihrem Theile die Aufgabe erfüllen zu können, die Fürst Bismarck den Kleinstaaten als dem verbindenden Mörtel zwischen den größeren deutschen Staatswesen zugewiesen hat.

Mit der Frage der Selbständigkeit des Herzogtums ist aber die des Thronfolgerechts des Hauses Braunschweig auf das Engste verbunden. Nicht nur durch eine fast tausendjährige Geschichte, in der sie Freud und Leid zusammen teilten, sind Fürstenhaus und Volk mit einander verwachsen; auch die engste Interessengemeinschaft hält beide zusammen. Es ist schon wiederholt hervorgehoben worden, daß das Herzogliche Haus an dem Kammergute, auf dem die Civilliste Herzog Wilhelms ruhte, ein unzweifelhaftes Anrecht hat, auch die Besitzverhältnisse des Herzoglichen Museums hieselbst, der Herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel sind, wie die Landtagsverhandlungen über die Neubauten für diese Sammlungen zeigten, keineswegs für das Land sicher gestellt. Welch' einen Verlust aber würde es für dieses bedeuten, wenn einmal nach Ausschluß der berechtigten Dynastie dieser ein Teil der Staatsdomänen und jene Kunst- und Bücherschätze, die einen Stolz des Landes bilden, durch richterliche Entscheidung zugesprochen und dem Lande entzogen würden!

Ungleich schwerer aber als solche Erwägungen wiegt die Thatsache, daß eine Beseitigung des Thronfolgerechts des Braun-

schweigischen Hauses nicht ohne einen offenbaren Rechtsbruch vor sich gehen kann. Durch das Landesgrundgesetz, die Neue Land=schaftsordnung vom 12. October 1832 § 14, ist jenes Recht völlig außer Frage gestellt. Wenn auch in den sechziger Jahren der Versuch gemacht wurde, Zweifel hiergegen vorzubringen: sie sind längst widerlegt, und seitdem hat im Ernste Niemand daran gedacht, solche Pläne wieder aufzunehmen. Alle Beamte, Landtags=abgeordnete, Gemeindevorsteher und sonstigen Landeseinwohner, die vor dem Tode des Herzogs Wilhelm den Erbhuldigungseid leisteten, haben sich dem Herzoge von Cumberland und seinem Hause bereits feierlich verpflichtet; sie würden sich durch jede auf Verletzung oder Vereitelung ihres Successionsrechts gerichtete Handlung unzweifelhaft eines Eidbruches schuldig machen. Die Reichsverfassung garantiert ausdrücklich das in den einzelnen Bundesstaaten geltende Thronfolgerecht. Das Reichsstrafgesetzbuch setzt schwere Strafen für denjenigen fest, der es unternimmt, die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern.

Alle diese Momente, die ich Ihnen hier nur kurz andeuten kann, sind ausführlich in einer trefflichen Schrift des hiesigen Landgerichtspräsidenten Adolf Dedekind, der nicht mit dem verstorbenen Notar Franz Dedekind in Wolfenbüttel zu verwechseln ist, erörtert worden. Seine Ausführungen haben wissenschaftlichen Widerspruch nicht gefunden. Ein deutliches Zeichen dafür, daß seine Sache eine gute ist. Denn wäre es möglich, Dedekinds Gründe auch selbst nur mit spitzfindigen, dialektischen Schlüssen zu entkräften oder zu widerlegen, so würde sich doch gewiß schon längst ein strebsamer Jurist gefunden haben, der diesen lockenden Preis sich zu erwerben gesucht hätte. Der Referent der staatsrechtlichen Kommission der Braunschweigischen Landesversammlung berief sich gegenüber den für das Recht des Herzogs eintretenden wissenschaftlichen Autoritäten auf die Autorität der Justizminister der deutschen Bundesstaaten. Wie mag der tüchtige und gewandte

Advokat — das Wort Rechtsanwalt will mir hier nicht in die Feder — wohl innerlich selbst über diesen Ausweg aus der Verlegenheit gehohnlacht haben! Oder sollte der anerkannt kluge Jurist und gewiegte Geschäftsmann wirklich so harmlos sein zu glauben, daß in der That rechtliche, nicht rein politische Erwägungen, die unübersehbaren Konflikten vorbeugen wollten, den Bundesratsbeschuß vom 2. Juli 1885 herbeigeführt haben?

Nur die Bedeutung des Erbhuldigungseides abzuschwächen, ist ein Versuch gemacht worden, der aber kläglich genug ausfiel. War es auch kein Geringerer als ein ehemaliges Mitglied des Regenschaftsrats und der Präsident des obersten Gerichtshofes des Landes, der kühn die Behauptung aufstellte, unser Erbhuldigungseid verpflichte nur für die ausgestorbene ältere Linie des Welfenhauses, nicht auch für die jüngere, so sind seine haltlosen Ausführungen doch sofort von einem jungen Beamten des Landes, der von Haus aus nicht einmal Jurist war, so gründlich zerzaust und über den Haufen geworfen, daß, wenn je einer, jener hohe Beamte sich sagen mußte: Si tacuisssem! Das hat er denn auch kläglich gethan. Aber nicht nur für ihn, auch für die Würde und das Ansehen der Justiz, in deren vorzüglicher Pflege der Braunschweiger seit länger Zeit nicht seinen schlechtesten Stolz setzt, war es ein schwerer Schlag, daß der oberste Richter des Landes in einer so ernsten Gewissenssache, wie es doch jede Eidesfrage ist, eine so gründliche Abfertigung erfuhr. Freudig schrieb damals ein streng legitimistischer Pastor: „Ihr gedachtet es böse zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen.“ Jetzt war es klarer als vordem, daß das Herzogtum Braunschweig dem Herzoge von Cumberland durch den Erbhuldigungseid bereits verpflichtet war.

Standen so die Rechte des Herzogs auch außer allem Zweifel, so war es doch schon zur Regierungszeit des Herzogs Wilhelm sehr ungewiß, ob er sie bei seiner Stellung zu dem Bundesstaate Preußen demnächst werde geltend machen können. Es war daher ein Werk weiser Voraussicht, daß Herzog Wilhelm unterm

16. Februar 1879 das Regentenschaftsgesetz erließ. So schaffte er, wie der Biograph des Geheimrats Triefs, auf dessen Thätigkeit das Gesetz zurückgeht, sagt, „einen festen Rechtsboden, der bei dem Tode des Herzogs die Möglichkeit bot, ohne äußere Störungen die Staatsverwaltung fortzuführen und die unzweifelhaften Rechte der Dynastie unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse für die Zukunft sicher zu stellen.“ Und gewiß ist es wahr, wenn es weiter heißt, daß das Gesetz inzwischen für Haus und Land Braunschweig von unberechenbarem Segen gewesen ist und diesen auch für die Zukunft erhoffen läßt. Denn nur so konnte die Zeit gewonnen werden, die der Ausgleich der streitenden Mächte erfordert.

Unter den beim Tode des Herzogs Wilhelm obwaltenden Umständen geschah die Wahl eines Regenten vollständig zu Recht. Das ist hier zu Lande von keiner Seite bestritten worden. Aber diese Wahl ist auch die Grenze des gesetzlich Erlaubten. Alle weitergehenden Bestrebungen, die auf eine Verfassungsänderung und eine Beseitigung des Thronfolgerechts gegen den Willen der Thronfolgeberechtigten hinauslaufen, die, wie der übliche Ausdruck lautet, aus dem Provisorium ein Definitivum machen wollen, sind hochverräterischer Art und fallen unter das Strafgesetz. An schüchternen Versuchen dazu hat es nicht gefehlt. So begrüßte die Braunschweigische Landeszeitung, die sich übrigens unter einer neuen Redaktion erfreulicher Weise jetzt wieder ganz auf den Rechtsboden gestellt hat, den Prinzen Albrecht 1889 zu seinem Geburtstag mit folgenden ebenso tactlosen wie rechtswidrigen Huldigungen: „Möchte, wenn der heutige Tag wiederkehrt, das Braunschweiger Land so freudig dem als Landesfürsten zujubeln, dem es heute in dankbarer Verehrung und hingebender Liebe als seinem Regenten Glück- und Segenswünsche darbringt.“

Wenn es bei solchen ganz vereinzeltten Kundgebungen, die kaum beachtet wurden, geblieben ist, so muß man das Verdienst daran hauptsächlich Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht zuschreiben. Von vornherein hat dieser darüber keinen

Zweifel gelassen, daß er die Übernahme der Regentschaft als eine Pflicht betrachte, die ihm vor Allem sein Oheim, der greise Kaiser Wilhelm I., auferlegt habe, daß er aber weit davon entfernt sei, die Hand nach der Herzogskrone auszustrecken. Bald erkannte man überall, daß ein gewissenhafter Fürst, der es mit den Pflichten der Regentschaft besonders demjenigen gegenüber, für den er sie führt, ernst nimmt und der nach Geburt und Erziehung und unter der vollen Wucht ungeteilter eigener Verantwortung über Legitimität doch etwas anders denkt wie der vulgäre Liberalismus, zu der Rolle eines neugewählten Herzogs sich niemals verstehen würde. Das müssen wir Braunschweiger ihm für alle Zeiten Dank wissen. Nicht minder, daß er stets gerecht und unparteiisch seines Herrscheramtes waltete. Er hat Männer, die mit streng legitimen Grundsätzen offen hervorgetreten waren, zu höheren Ämtern befördert, ja es wird sogar gesagt, daß ihm solche Leute sympathischer seien als der gesinnungslose Pöbel, der sich aus allen Ständen ohne Würde und ohne Selbstachtung im Anfange seiner Regentschaft an ihn herandrängte. Er hat die Burg Dankwarderode, die alte Stammburg des Welfengeschlechts, an die sich dessen stolze Erinnerungen knüpfen, und die entgegen dem einmütigen Wunsche der Kunst- und Altertumsfreunde ein elendes Vanausentum zumal hier in der Stadt Braunschweig dem Untergange weihen wollte, würdig wieder hergestellt; er hat auch sonst allen vaterländischen Unternehmungen, wie dem Vaterländischen Museum u. a., ein thätiges Interesse entgegengebracht und in jeder Beziehung die Regierung im Sinne des Hochseligen Herzogs Wilhelm fortzuführen gesucht. Um so ungerechter und undankbarer ist es, wenn in den letzten Jahren anscheinend von Braunschweig aus wiederholt heftige Anklagen gegen den Prinzen in auswärtigen Blättern erfolgt sind, die zum meist seine religiöse Richtung betreffen. Wenn er für seine Person streng kirchlich gesinnt ist — ein allgemeines Menschenrecht, das wie ein anderer Christenmensch doch wohl auch ein Fürst für sich in Anspruch nehmen darf —, dabei aber neben orthodoxen auch

freisinnige Geistliche in die Prüfungskommission der Theologen beruft und zu Superintendenten befördert, so kann man doch wahrlich über Mangel an Toleranz sich nicht beschweren.

Es macht sich in solchen Klagen in einer, wie mir scheint, höchst ungerechten Weise ein unbestimmtes, allmählich sich steigern- des, unbefriedigtes Gefühl mit den jetzigen Verhältnissen Luft, an denen der Prinz durchaus unschuldig ist. Man sehnt sich nach festen, endgültigen Regierungsformen, nach einem Herrscher, der mit seiner Familie ganz mit den Interessen des Landes verwächst. Das ist aber nur möglich bei dem legitimen Thronfolger. Dem Vorschlage gegenüber, der wohl gemacht ist, einen neuen Herzog zu wählen, glaube ich die Wahrheit des Dahlmann'schen Wortes betonen zu müssen: „Dynastien lassen sich vernichten, aber nicht beliebig wieder machen.“ Ganz besonders für unsere deutschen Verhältnisse hat das Wort noch immer seine volle Geltung. Gesezt den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß sich wirklich ein anständiger Fürst fände, der sich zum Herzoge von Braunschweig wählen ließe: würde der jemals das drückende Gefühl verlieren, daß er an eines Anderen Stelle sitze? Diese Empfindung hat bei Lebzeiten seines Bruders selbst Herzog Wilhelm nicht ganz verlassen, obwohl jener in allen Formen des Rechts und mit gutem Grunde für regierungsunfähig erklärt worden war, und er selbst als nächster Agnat sowohl im Lande als auch bei allen fremden Höfen einstimmige Anerkennung fand. Und die Unterthanen! Würde unter ihnen nicht bei jeder unliebsamen Maßregel des Herzogs unwillkürlich die Empfindung zum Durchbruche, ja wohl gar zum Ausdrücke kommen, daß er von ihnen gewählt sei, daß man solches von ihm nicht erwartet habe? Man konnte jezt hier gelegentlich schon von Leuten, die dem Prinzen ganz ergeben sind, die Äußerung hören: Das hat unser angestammter, alter Herzog nicht verlangt, und jezt will es der Prinz, der doch nur Regent ist! Es ist das tief eingepflanzte monarchische Gefühl, das unbewußt so gleich diesen Gegensatz aufstellte. Wie viele Schwierigkeiten würden

sich, von finanziellen Schädigungen des Kammergutes abgesehen, noch sonst ergeben! Wer will den berechtigten, aber ausgeschlossenen Herzog zwingen, die Beamten ihres Erbhuldigungsseides zu entbinden? Geschieht es nicht, so mögen Viele der Gewalt sich beugen und eidbrüchig ihren Vorteil suchen. Was will man aber mit denen machen, die ihrem Eide treu nur Gott fürchten und sonst nichts auf der Welt? Wird aber wirklich die Entbindung von dem Eide erlangt: Glaubt denn Jemand, es werde im niedersächsischen Volke die Anhänglichkeit von dem alten Fürstenhause auf das neue, das jenes verdrängte, sich sofort übertragen? Würden nicht die zarten Wurzeln der Liebe und Treue, gewalttham aus dem alten Boden herausgerissen, in dem neuen nur kümmerlich fortleben oder gänzlich verdorren?

Doch was male ich Ihnen Fälle aus, an deren Eintritt ich selbst nicht glaube. Gott sei Dank, stehen Rechte auch stets Pflichten gegenüber, für die Fürsten so gut wie für die Unterthanen. Pflicht der Fürsten aber ist es in erster Linie, dem Rechte zum Siege zu verhelfen und das Staatswohl zu fördern, unhaltbaren Zuständen aber auf friedlichem Wege ein Ende zu bereiten. Das ist in unserem Falle aber nur möglich durch einen ehrlichen Ausgleich zwischen dem Kaiser und dem Herzoge von Cumberland. Schon oft haben kluge Zeitungsschreiber darüber orakelt, auf welcher Grundlage ein solcher zu Stande kommen könne. Insbesondere ist oft darüber gehandelt worden, ob ein ausdrücklicher Verzicht des Herzogs auf Hannover erforderlich sei oder nicht. Meines Erachtens ist alles das recht müßige Arbeit. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Hohen Herren sich verständigen. Dann ist das Vertrauen, das sie zu einander gewinnen und stets bethätigen werden, die sicherste Gewähr für die Zukunft, und alle Schwierigkeiten, die uns jetzt bergehoch erscheinen, sind dann mit einem Male hinweggeräumt.

Ist nun auch in Braunschweig solch ein Ausgleich der allgemeine Wunsch, so wird doch außerhalb unseres Landes von ver-

schiedenen Seiten dagegen angekömpft. Ich schweige von jenen Elementen, die jeden Umsturz mit Freuden begrüßen, aus der Beseitigung legitimer Fürstenrechte durch deutsche Bundesfürsten selbst mit unheimlicher Konsequenz die Folgerungen ziehen und im Zerstören nur zu gern fortfahren würden. Mit diesen Leuten ist nicht zu rechten, aber äußerst bedenklich ist es, Wasser auf ihre Mühle zu leiten. Das sollten vor allen die doppelt und dreifach überlegen, die sich mit Vorliebe als die Hüter unserer nationalen Güter gebärden. Gehören nicht die Treue und das Rechtsgefühl, in Dichtung und Sage wie in der Geschichte unseres Volkes von jeher gepriesen, zu den edelsten, charakteristischsten Tugenden des germanischen Stammes? Die sollte man doch nirgends zu ertöten suchen.

Doch seien wir nicht ungerecht. Aus dem Volke der Dichter und Denker ist plötzlich ein thatkräftiges Volk geworden, dem der Glaube an seine politische Befähigung mit einem Male glänzend aufging. Da bewahrheitete sich dann das Goethe'sche Wort:

Reimt ein Glaube neu,

Wird oft Lieb' und Treu'

Wie ein böses Unkraut ausgerauft.

Auf die Zeit der nationalen Ohnmacht war mit einem Male ein ungeahnter Aufschwung des deutschen Volkes, ein kräftiges deutsches Kaisertum gefolgt. Da gab es Viele, die die neue Zeit noch entschiedener heraufführen wollten, die Kaiser und Reich zu stärken glaubten, indem sie alles vertilgten, was an die alte Zeit erinnerte. Sie bedachten in ihrem Übereifer nicht, daß sie die wertvollen geschichtlichen Fäden zerschnitten, die die Gegenwart mit der Vergangenheit verbinden, daß sie unzählige edle Triebe im Keime knickten. Sie wurden bismarckischer als Bismarck, der auch zwar den Platz ebnete, auf dem er das stolze Gebäude des Deutschen Reiches auferbaut, aber gerade darin sein unvergleichliches staatsmännisches Genie bewies, daß er, unserem Volkscharakter entsprechend, zwischen dem Zuwenig und dem Zu-

viel der Einheit die richtige Mitte auf das glücklichste zu treffen wußte und noch jetzt auf seinem stillen Sitze im Sachsenwalde, der getreue Eckart des deutschen Volkes, auf das Eindringlichste warnt vor jeder leichtfertigen Änderung der Reichsverfassung, vor der Zertrümmerung ihrer föderativen Grundlagen, der Schwächung oder gar Verminderung der Dynastien, die entgegen dem Parteigetriebe des Reichstages stets seine kräftigste Stütze gebildet hätten. Wiederholt hat er in jüngster Zeit mit Nachdruck hervorgehoben, daß er es „für ein Unglück halten würde, wenn die Zahl der Dynastien sich verminderte. Wir brauchen sie als einen Senat der Nation, als ein Bindemittel der Einigkeit der Nation“.

Unter den deutschen Fürstenhäusern ist das der Welfen zweifellos eines der vornehmsten und für die deutsche Geschichte bedeutsamsten. Wenn auf der Nordostmark des Deutschen Reiches auf früher slavischem Boden der Staat der Hohenzollern erwuchs, der in unseren Tagen das deutsche Volk zur Einheit führen sollte, so hat die Grundlagen für jenes Staatswesen zu einem Teile durch seine kolonisatorische Arbeit Heinrich der Löwe gelegt. Dem ganzen deutschen Vaterlande, nicht seinem Geschlechte ist hier seine von gesunder Realpolitik geleitete Thätigkeit zu gute gekommen. Reicht auch keiner der Nachkommen an die Bedeutung des großen Ahnherrn heran, so haben doch im Laufe der Jahrhunderte sehr viele von ihnen in der deutschen Geschichte sich einen ruhmvollen Platz errungen. Und nicht nur auf dem Gebiete des Krieges und der Politik, sondern auch auf dem der Litteratur und Wissenschaft. Ich erinnere an einen Heinrich Julius, August d. 3., Anton Ulrich, Karl I. und dessen gleichgesinnte Tochter Anna Amalia von Sachsen-Weimar. Und wie viele Fürstenjöhne haben ihr Blut auf den Schlachtfeldern für Deutschlands und ganz besonders auch für Preußens Heil vergossen! Ein Albrecht, Friedrich Franz und Albrecht Heinrich, die in den Kämpfen des großen Friedrich fielen, ein Karl Wilhelm Ferdinand, der als Oberbefehlshaber des preußischen Heeres bei Auerstädt die Todeswunde empfing, ein

Friedrich Wilhelm, der an der Spitze seiner schwarzen Schaar bei Quatrebras den Heldentod starb. Wie viel könnte man noch zum Ruhme des Geschlechts anführen! Gewiß, ein kostbarer nationaler Schatz ist die Fülle ruhmreicher Überlieferungen, die sich an das Welfenhaus knüpfen. Sollte man den nicht dem deutschen Volke zu bewahren suchen? Ist es gerecht, ist es dankbar, ist es klug, die Träger dieser Erinnerungen aus Deutschland herauszudrängen? Würden dadurch unzählige treue Herzen, die fest an ihnen hängen, nicht auch der deutschen Sache ein wenig entfremdet? Wird nicht eine Kraft brachgelegt, die im Dienste des Vaterlandes trefflich gebraucht werden könnte? Wir haben der zersetzenden Elemente im großen Vaterlande wahrhaftig genug und keineswegs nötig, noch künstlich deren neue zu schaffen. Wir sollten vielmehr den drohenden Gefahren der Zukunft gegenüber alle erhaltenden Kräfte — und dahin sind doch die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus, die Liebe zur Heimat mit ihren Eigentümlichkeiten und Erinnerungen; in erster Reihe zu rechnen! — so viel wir nur können, pflegen und stärken. Die Zeiten sind, Gott sei Dank, vorüber, wo heimatlische Sondergelüste der Allgemeinheit verderblich werden konnten. Treiben wir nicht den Teufel durch Beelzebub aus, indem wir einen gefährlichen Partikularismus zu vernichten glauben, dabei aber das traute Heimatsgefühl zerstören, das stets die kräftigste Wurzel wahrer Vaterlandsliebe gewesen ist!

Man wende mir nicht ein, Braunschweig sei nur ein kleiner Staat, für das große deutsche Vaterland habe sein Fortfall, selbst durch eine Vergewaltigung in Friedenszeit, keine Bedeutung. Wer das meint, verkennet vollständig die Wirkung ethischer Ideen. Ein Rechtsbruch bleibt ein Rechtsbruch, einerlei ob er an einem kleinen oder an einem großen Staatswesen begangen ist. Eben gerade weil der Staat klein ist, steht der materielle Gewinn, den ein Vergewaltiger erzielen könnte, in keinem Verhältnisse zu dem moralischen Verluste, der unausbleiblich ganz Deutschland dabei treffen müßte. Welche Gefahr solch eine Einbuße in heftiger Zeit

bedeuten würde, wo das schlechte Gewissen auf der einen Seite lähmend und hindernd, das begangene Unrecht auf der andern Seite anreizend und ermutigend wirken müßte, ist wohl nicht erforderlich weiter auszuführen.

Weit stärker aber als von Seiten der Unitarier, deren Zahl zur Zeit doch im Abnehmen begriffen, ist der Widerspruch, den der gehoffte Ausgleich zwischen dem Kaiser und dem Herzoge von den deutsch-hannoverschen Organen findet. Sonderbar! Zwei Parteien, die sich sonst in unverföhnlicher Feindschaft gegenüber stehen, arbeiten sich hier gegenseitig in die Hände. Die Hannoveraner wollen den Ausgleich nicht, weil er ihrer Partei den Todesstoß versetzen würde. Denn hat der Herzog den Thron von Braunschweig bestiegen, so hat er damit auch durch die That, was mit Worten ja längst geschehen, die deutsche Reichsverfassung und den Territorialbestand der deutschen Bundesstaaten, damit aber die Zugehörigkeit der Provinz Hannover zu Preußen, anerkannt. Die Bestrebungen der deutsch-hannoverschen Partei werden damit gegenstandslos; diese selbst wird allmählich verfallen. Gewiß nicht sogleich. Denn die extremen, unverföhnlichen Elemente, welfischer als der Welfe, werden die alten Bestrebungen noch fortsetzen, aber sie werden und müssen den Boden im Volke nach und nach verlieren. Da sie das instinktiv fühlen, setzen sie jetzt, wo sie den Frieden wittern, alle Kräfte in Bewegung, ihn zu hindern. Zweifellos ist es ein herbes, schweres Geschick, das diese Männer betroffen, und kein wahrhaft monarchisch gesinntes Herz wird ihnen eine aufrichtige Theilnahme versagen. Wenn preussische Konservative ihnen dennoch mit Hohn und Spott begegnen, so möchte ich sie fragen, ob sie denn im gleichen Falle, wenn sie durch ein mächtiges Geschick von ihrem Könige losgerissen würden, diesen sogleich vergessen und dem neuen Herrn entgegenjubeln könnten. Aber gerade die Liebe zu ihrem Königshause wird, hoffe ich, die Hannoveraner antreiben, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Sie werden sich bei nüchterner Überlegung doch sagen müssen, daß

verheerende Unwetter, wie niemand sie herbeiwünschen kann, über unser deutsches Vaterland hereinbrechen müßten, um die Wiederherstellung des Königreichs Hannover zu ermöglichen, daß dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen in der Theorie wohl möglich zu debuzieren, in der Wirklichkeit aber zu erlangen eine aussichtslose Chimäre ist. Da werden sie die eigenen Wünsche bezwingend doch lieber sehen, wenn die Nachkommen ihres alten Königshauses als deutsche Bundesfürsten dem Gefüge des Deutschen Reiches sich eingliedern, als wenn sie, losgelöst von der Heimat, wie Verbannte im fremden Lande, im Elend sagten unsere Alvordern, ihr Leben hinbringen. Sie werden dann auch — wieder bürgt dafür die Anhänglichkeit an ihr Fürstenhaus — dem Herzoge die Stellung, die er pflichtgemäß einnehmen wird und muß, nicht durch taktlose Demonstrationen erschweren. So würde die Wunde sich schließen, die eine rechtswidrige Lösung der Braunschweigischen Frage am Körper des Deutschen Reiches stets bilden würde, und die mit klarem Bewußtsein nur die stets offen zu halten suchen können, die überhaupt die Art an die Wurzel unserer Rechtsinstitutionen legen wollen.

Dennoch kann man noch mitunter in Blättern, die sonst dem Umsturze nicht huldigen, das Ammenmärchen lesen, ein welfischer Hof in Braunschweig, „der etwa im Rücken weichender deutscher Heere agitiert etc.“ oder wie die Tiraden sonst lauten, bedeute eine Gefahr für das Deutsche Reich. Wir Braunschweiger könnten diese Behauptung für eine Schmeichelei nehmen, wenn sie nicht so herzlich dumm und albern wäre. Wir besitzen gewiß auch ein wenig Selbstbewußtsein, aber so krankhaft übertrieben ist es hier schwerlich bei Jemand zu finden, daß er wähnen könnte, die Regierung eines kleinen, fast rings von Preußen umschlossenen, durchaus reichstreu gesinnten Ländchens könne ohne jede Kriegsmacht — die steht ja bekanntlich unter preußischem Befehle — eine Gefahr für das Deutsche Reich bilden. Dann wäre es wahrhaftig schlecht um dieses bestellt. Doch kämpfen wir nicht gegen

leere Worte. Man weiß ja, von wie vielen Zeitungsschreibern das Goethe'sche Wort gilt:

Denn eben wo Begriffe fehlen,

Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

Wir würden auch jenes Wort eines wohl vielbeschäftigten Redakteurs keineswegs übel deuten, wenn es nicht zugleich einen schweren Vorwurf gegen den Herzog von Cumberland enthielte. Der wird ohne weiteres als Verräter in die politische Berechnung gezogen. Hat sein Thun und Treiben für solche Beschuldigungen bislang einen Anlaß gegeben? Oder sind diese nur der politischen Staatsweisheit und der eigenen Gesinnungstüchtigkeit der Verfasser entsprungen? Gegen ersteres müssen wir entschieden Protest einlegen. Zwar hat man ja aus Anlaß des Schreibens des Herzogs an die Königin von England vom 18. September 1878, von dem man herausgerissene Bruchstücke bekannt gab, gegen ihn den Vorwurf der Zweideutigkeit erhoben, doch der ist nach Veröffentlichung des ganzen Briefes längst widerlegt, und der Pfeil prallte auf den Schützen zurück. Es steht hier noch in gutem Gedächtnisse, daß gegen den Rechtsanwalt Albert Baumgarten, der den Grafen Görz-Brissberg in seinem Verhalten gegen den Herzog von Cumberland öffentlich der Unredlichkeit bezichtigte, keine Anklage erhoben wurde.

Auch sonst ist oft im allgemeinen von dem Verschulden des Welfenhauses, von der Schuld der Väter, die an den Kindern heimgesucht werde, u. a. in den Zeitungen die Rede. Wie ganz anders lauten dagegen die Worte eines ehrlichen und offenen Gegners der Politik des welfischen Königshauses zur Zeit seines Glanzes, die Worte, die Herr v. Bennigsen am 29. März 1882 im Preussischen Abgeordnetenhaus sprach. Trotz dem früheren Gegensatz war er doch jetzt „da die Politik des Anschlusses an Oesterreich anstatt an Preußen, — im Widerspruche mit den jahrhundertelangen Traditionen des Welfenhauses — in ihren Folgen zum Sturze der Monarchie geführt hat, der Meinung, daß dann

doch die Sühne für etwaige Fehler in der Politik reichlich und hart genug zugemessen sei durch den Verlust des Landes und Thrones für diese Familie, und daß diese Sühne nicht noch durch andere Maßregeln verschärft zu werden brauche.“

Im siebenjährigen Kriege und in den Freiheitskämpfen gegen Napoleon haben die welfischen Fürsten beider Linien fest und treu auf einer Seite mit Preußen gekämpft. Auch der König Ernst August stand mit ihm noch im besten Einvernehmen und würde es nach seinem Charakter wohl schwerlich zu einem Bruche mit dem mächtigen Nachbarstaate haben kommen lassen. Erst sein Sohn König Georg V. wurde in der schweren Stunde der Entscheidung auf die Seite von Preußens Gegnern gedrängt. Mag man seine Politik eine unrichtige nennen, da der Erfolg gegen sie entschied: es waren keine unedlen Beweggründe, nur eine feste Rechtsüberzeugung, die den König seine Entscheidung treffen ließ, und es darf nicht vergessen werden, daß der weitaus größte Teil von Deutschland, selbst Bewohner der preussischen Lande, zumal in Westfalen und in der Rheinprovinz, die Auffassung des Königs vollständig teilten. Die geographische Lage des Königreichs Hannover, das die beiden großen Gebietsteile Preußens trennte, entschied nach dem Siege der preussischen Waffen vor allem das Schicksal der Dynastie, die ihre Königskrone verlor. Gewiß, „die Sühne für etwaige Fehler in der Politik war reichlich und hart zugemessen“. Noch mehr aber als für den Vater für den Sohn, der an jener verhängnisvollen Entschließung doch keinen Teil hatte. Sicherlich hat kein Mensch in der Welt für die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse auch nur annähernd so große und so schwere Opfer bringen müssen wie er. Freuen wir uns jetzt der Folgen, die zur Aufrichtung des Deutschen Reiches führen sollten, so fordert es um so mehr die Pflicht der Gerechtigkeit und Billigkeit, die Wunden, die damals geschlagen werden mußten, nach Möglichkeit zu heilen und denen nicht noch neue Opfer aufzuerlegen, die deren damals so reichlich zu bringen hatten.

Sollte es auch den ehemaligen Bundesgenossen des Königs Georg, die glücklicher als er Thron und Land aus der Katastrophe retteten, oder deren Erben, die jetzt jenes Besitzes sich freuen, nicht eine wahre Herzensfreude bereiten, nicht einen leichten Stachel aus ihrer Seele nehmen, wenn sie jetzt den unglücklichen Königssohn als deutschen Bundesfürsten wieder in ihrer Mitte begrüßen könnten? Mit welchen Empfindungen müßten gerade sie einem Rechtsbruche in Braunschweig zusehen, einem Rechtsbruche, der doch auch für sie und ihre erlauchten Genossen einen bösen Präcedenzfall schaffen würde! Wie freudig würden sie einem Friedensschlusse entgegenjubeln, der das Vergangene vergeben und vergessen läßt und die glücklich vereinten Kräfte froh und sicher der Zukunft entgegen zu führen ermöglicht!

Nach der Kriegsentcheidung des Jahres 1866 erklärten den Fortbestand des Königreiches Sachsen namhafte Publizisten und warme Patrioten für eine Gefährdung der deutschen Verhältnisse. Wie urteilte aber einer der besten von ihnen vier Jahre später! Zum 4. September 1870 schreibt Gustav Freytag: „Die Herren vom Generalstab sind über die Armeeführung des Kronprinzen von Sachsen des Lobes voll. So widerlegt das Schicksal den Parteieifer der Menschen. Vier Jahre sind es her, da erwarteten wir eifrigen Preußen von der Ordnung der sächsischen Verhältnisse nach dem Kriege von 1866 und von einer Rückkehr der königlichen Familie nach Dresden wenig Heilsames. Ich hatte in jener Zeit, wo meine Landsleute und Anverwandte Kugel um Kugel den Sachsen gegenüber standen, eine Flugchrift geschrieben, in welcher ich sehr scharfsinnig alle Bedenken auseinandersetzte, welche dem Haus der Albertiner und den Deutschen aus der Erhaltung des Königreichs Sachsen erwachsen müßten. Wie war alles jetzt so ganz anders gekommen, und wie gründlich war, was vor wenigen Jahren für wahrscheinlich gelten konnte, durch die Ereignisse widerlegt! Vergleichene Erfahrungen machen bescheiden.“

Einer der heftigsten Gegner Preußens war 1866 der Herzog Bernhard Erich Freund von Sachsen-Meiningen: sein Enkel ist jetzt der Schwager und Freund Kaiser Wilhelms II. So haben zahlreiche Befürchtungen, die damals wohlmeinende Männer hegten, nicht nur keine Erfüllung gefunden, sondern vielmehr hat die Friedenssaat, die in jenen Tagen ausgeworfen wurde, überall die herrlichsten Früchte getragen.

Blicken wir in die Geschichte des Welfenhauses selbst! Wie wetterte ein Luther, der größte Sohn Deutschlands im 16. Jahrhundert, gegen den Herzog Heinrich d. J., den „Hans Worst von Wolfenbüttel“, wie er ihn in seiner derben Sprache nannte! Wie gern hätte er ihn und sein ganzes Geschlecht von der Regierung des Herzogtums auf immer verjagt! Wie demütig würde aber gerade er sich vor Gott gebeugt und die menschliche Kurzsichtigkeit beklagt haben, hätte er noch sehen können, wie Heinrichs Sohn, Herzog Julius, der Reformator des Herzogtums, für seinen evangelischen Glauben litt und sein ganzes Leben hindurch auf das Eifrigste wirkte! Sollte solch' Wandel, solch' friedliche Lösung verworrener Verhältnisse in unserer Zeit nicht ebenso gut möglich sein wie damals, nicht denselben Segen stiften können?

Der Herzog von Cumberland hat das schwere Loos, das ihm gefallen, mit vornehmer Ruhe und seltener Würde getragen. Er hat nie aufgehört, sich als deutscher Fürst zu fühlen; stets hat er den Standpunkt eines solchen in seinen Rundgebungen hervorgehoben, niemals die Hülfe des Auslandes, den Einfluß seiner hohen Verwandten für seine rein deutsche Angelegenheit in Anspruch nehmen wollen. Er hat sich hier in Braunschweig von allem, was als Popularitätshascherei gedeutet werden könnte, mit Ängstlichkeit fern gehalten, gleichsam als wäre es eine Entwürdigung, den Anschein auf sich zu laden, das, was ihm von Rechts wegen gebührt, mit kleinen Mitteln erstreben zu wollen. Wenn Schreckensmären über ihn durch die Zeitungen gingen, folgten bald nachher, wenigstens in anständigen Zeitungen, die Berichter-

gungen. Als auf vagen Verdacht hin der bekannte welfische Agitator Dr. Franz Dedekind in Wolfenbüttel 1886 verhaftet wurde, da hieß es, „die Haussuchung habe ein Material ergeben, welches angeblich für einen gewissen Zeitpunkt mit politischen Verwicklungen gefährlicher Natur in unserem Lande und in der Provinz Hannover rechnen und überdies eine im Auslande lebende fürstliche Person kompromittieren sollte.“ Offensichtlich war damit auf den Herzog von Cumberland hingewiesen. Um so größer war dann die Überraschung, als verlautete, der leidenschaftliche Mann sei in Briefen aus Gmunden nur zu Ruhe und Maßhalten ermahnt worden. Ebenso haben die zeitweise umfangreich ins Werk gesetzten Haussuchungen in der Provinz Hannover keinerlei belastendes Material gegen den Herzog zu Tage gefördert. Nur einmal, so viel ich weiß, ist von Seiten des Herzogs der Versuch gemacht worden, auf die deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten einzuwirken; es geschah zu Gunsten der neuen Heeresvorlage. Leider vergeblich, aber zugleich ein Beweis, wie wenig der Herzog auf diese Parteimänner einzuwirken vermag, und wie ungerecht es daher ist, ihn für ihre Reden und Handlungen verantwortlich zu machen.

Der Herzog läßt seine Kinder von deutschen Erziehern nach deutschen Lehrbüchern unterrichten und die wissenschaftlichen Fortschritte der Söhne von einem deutschen Schuldirektor kontrollieren; er hat den Lehrern vor allem zur Pflicht gemacht, den Geschichtsunterricht objektiv ohne Parteilärbung zu erteilen. Wenn trotzdem jetzt vor allem der Wunsch laut wird, er möchte seinen ältesten Sohn, den erhofften Thronerben von Braunschweig, in Deutschland seine Bildung vollenden lassen, so ist dieser Wunsch gewiß nicht ungerechtfertigt. Aber wir Braunschweiger können es dem Herzoge nur Dank wissen, daß dies nicht zu früh geschehen ist, daß dem Prinzen der Segen eines schönen glücklichen Familienlebens in seiner Jugend in vollem Maße zu teil wird. Welche traurigen Folgen, welche schmerzliche Lücke das Fehlen dieses Glücks bei

Fürstenöhnen verursachen kann, haben wir doch zur Genüge an unseren Herzögen Karl und Wilhelm erfahren, die ohne Vater und Mutter nur unter der Aufsicht fremder Erzieher die wichtigsten Jahre ihrer Entwicklung verlebten und jenen Mangel zeitlebens nicht verwanden. Hat der Prinz die Segnungen eines trauten Familienlebens nun an sich erfahren, besucht er zu seiner weiteren Ausbildung eine höhere Lehranstalt in Deutschland, später vielleicht eine Universität, und tritt er dann in das deutsche Heer, so wird gewiß niemand mit gutem Gewissen die Klage erheben können, er habe keine nationale Erziehung genossen.

Es ist in den Zeitungen wiederholt darüber verhandelt worden, ob der Vater selbst oder erst sein Sohn die Regierung in Braunschweig antreten werde. Auch das erscheint mir im wesentlichen als ein ganz müßiges Gerede. Denn wem steht in dieser Sache, die doch nur durch die eigensten Entschließungen des Herzogs entschieden werden kann, ein Urtheil zu? Der Fürst müßte ohne Gemüth und feinere Empfindung sein, wenn hier nach den Schicksalen, die ihn getroffen, nicht verschiedene Regungen in seiner Seele kämpften. Er hat bis zu seinem 21. Jahre die Tage des königlichen Glanzes in Hannover gefamnt; er will das Andenken seines Vaters ehren; er fühlt sich verpflichtet den Hannoveranern, die in Unglück und Noth treu zu ihm gehalten. Auf der anderen Seite aber stehen die Liebe und Sorge für seine Kinder, denen er doch um jeden Preis die bundesfürstliche Stellung in Deutschland erhalten möchte; die Pflicht gegen das Land Braunschweig, das nur durch den von ihm erhofften Schritt zu rechtmäßigen endgültigen Verhältnissen kommen kann; die Liebe zu seinem deutschen Vaterlande, dessen Frieden und Wohlfahrt doch auch ihm am Herzen liegt. Wenn er in diesem Widerstreit der Empfindungen und Pflichten für seine Person auf allen Vorteil verzichtet und friedlichen Sinnes gänzlich zurücktritt, seinem Sohne aber das zu thun überläßt, was das Wohl seines Hauses, wie das des Braunschweiger Landes erfordert: wer würde diese stille Resignation nicht

mensächlich erklärlich finden und achten? Und wenn er allen Bedenken und Gefühlen obsiegend, dem jugendlichen Sohne die Aufgabe zu erleichtern, selber noch die Zügel der Regierung übernehme: wer würde solchen Entschluß, der um so schwerer, je größer die Pietät ist, mit der er innerlich an den alten Erinnerungen hängt, — wer würde solchen heroischen Entschluß nicht mit doppelter Freude und Bewunderung begrüßen? Wir können in Bezug auf alle diese Fragen nur vermuten und hoffen. Aber alle die, die mit harten Worten über den unglücklichen Fürsten herfallen, gar seine Gesinnung zu verdächtigen suchen — daß ein Mensch wie Meding hier den Reigen eröffnet, erscheint mir charakteristisch für die Gesellschaft —, alle die möchte ich fragen, ob sie in gleicher Lage nach so vielen Bitternissen des Lebens ganz ohne Schwanken und ohne jeden Stachel im Herzen sofort ihre Entscheidung treffen würden. Wer diese bewunderungswürdige Selbstüberwindung nach gewissenhafter Selbstprüfung zu besitzen glaubt oder gar im Leben bethätigt hat, der wird gewiß nicht einen Stein auf den Herzog werfen, sondern wissen, wie schwer solch ein Entschluß erkämpft wird, wie feste Gewähr und Dauer aber gerade die Siege besitzen, die im heftigen Kampfe widerstreitender Empfindungen errungen worden sind.

Dann ist vor allen Dingen aber auch das zu beachten, daß zum Friedensschließen stets zwei Teile gehören. Was nützen die größte Selbstüberwindung und Nachgiebigkeit auf der einen Seite, wenn die andere Seite eben nicht Frieden schließen will. Mir tönt noch immer das Wort in den Ohren, das ich dicht vor der Wahl des Regenten von einem hohen, wohl eingeweihten Braunschweigischen Staatsbeamten hörte. Er meinte, der Herzog von Cumberland könne rechtlich jeden Augenblick als Herzog nach Braunschweig kommen, er müsse nur vorher mit Preußen Frieden schließen, aber dieses würde wohl nie so dumm sein, Frieden mit ihm schließen zu wollen; denn dann müsse es ja nicht nur das Herzogtum, sondern auch die Millionen u. s. w. herausgeben.

Niemals ist mir die ganze Brutalität der Sorte Menschen, die gegen den Herzog damals hier intrigiert haben, unverhüllter und schönder entgegengetreten als in diesen Worten. Aber Gott sei Dank, daß unser Kaiser von Recht und Pflicht eine andere Auffassung hat als jener dunkle Ehrenmann, der dem Herzoge den Erbhuibigungsseid geschworen hatte. Schon ist durch eine hochherzige Initiative des Kaisers der erste Schritt zum Frieden gethan. Der unselige Welfensonds, der wohl noch mehr durch das, was über ihn erzählt und gemunkelt wurde, als durch das, was wirklich mit ihm geschah, die öffentliche Volksmoral schwer geschädigt hat, ist glücklich aus der Welt geschafft und damit dem ganzen Gerede ein Ende gemacht worden, das sich, wie der Fluch des Goldes in der Sage, unheilvoll an dieses Geld knüpfte. Zugleich ist damit der welfischen Agitation ein äußerst wirksames Mittel genommen, das bei Hoch und Niedrig gleich verständlich natürlich mit Vorliebe benutzt zu werden pflegte. Nicht leicht hat etwas die Gemüther in der Provinz Hannover so erbittert, wie gerade das preußische Verfahren in dieser Sache, und es war daher nicht nur eine Maßregel hoher Gerechtigkeit, sondern auch großer Klugheit, daß endlich von Seiten der Preussischen Regierung über das Geld mit dem rechtmäßigen Erben ein beide Teile befriedigendes Abkommen getroffen wurde. Auch über das übrige Eigentum des Herzogs in der Provinz Hannover sind inzwischen, wie verlautet, Vergleiche geschlossen worden, die der fürstlichen Gesinnung des Herzogs ebenso zur Ehre, wie der Provinz Hannover zum Vorteile gereichen.

Nur über unser Herzogtum Braunschweig muß noch ein Ausgleich geschlossen werden. Ich zweifle nicht daran, daß er erfolgt, sobald der Kaiser die Zeit dazu als gekommen erachtet. „Recht muß Recht bleiben“ schrieb der Kaiser unter das Bild, das er nach glücklicher Vollendung der Verhandlungen über den Welfensonds dem damaligen Landesdirektor der Provinz Hannover, Freiherrn v. Hammerstein, überreichte. Das herrliche Reich-

gerichtsgebäude in Leipzig wehte er kürzlich mit dem gewuchtigen Spruche ein: „Im Namen des dreieinigen Gottes! Recht soll Recht bleiben!“ Und er sollte als Schirmherr des Reiches dulden, daß hier in Braunschweig ein offenkundiger Rechtsbruch geschähe? Ich verstehe, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, die Naivität der Herren nicht, die so etwas auch nur für möglich halten können. Mit großer Freude lese ich stets in der Zeitung die schönen, eindringlichen Worte, mit denen der Kaiser den Rekruten die Pflichten des Eides einschärft, und ein stiller Friede kommt auf mich bei dem Gedanken: Solch ein Kaiser wird niemals leiden, daß man uns hier in Braunschweig zu einem Eidbruche zwingt. Der ehrwürdige Kaiser Wilhelm gab einst nach dem Tode des Herzogs Wilhelm dem Braunschweiger Lande das Wort, „daß die Rechte und die Interessen des Herzogtums und seiner Bevölkerung der Verfassung und den gegenwärtig bestehenden Gesetzen entsprechend sicher gestellt werden sollen“. An einem Kaiserswort soll man nicht drehen noch deuteln. Nur durch einen friedlichen Ausgleich des Kaisers mit dem Herzoge ist eine Erfüllung jenes Wortes möglich, und es ist und bleibt unsere Hoffnung, daß der Enkel dem Worte seines in Gott ruhenden Großvaters diese Erfüllung schon bringen wird zu seiner Zeit.

Als auf der glänzenden Reichsversammlung zu Mainz am 21. August 1235 der Enkel Heinrichs des Löwen, Herzog Otto, „das Kind von Braunschweig“, seinen Frieden mit dem Kaiser geschlossen hatte, da ließ Kaiser Friedrich in der Freude seines Herzens ein prächtiges Fest feiern und den denkwürdigen Tag in alle Jahrbücher einschreiben, an dem es gelungen war, den alten Haß zu tilgen und auszugleichen, der lange gewesen hatte zwischen dem Rike und dem Slechte van Brunswik. So endete der alte Streit zwischen den Hohenstaufen und Welfen, und die Jahrbücher der Geschichte vermelden weiter, wie viel in den folgenden Jahrhunderten das deutsche Vaterland dem Welfenhanse verdankt.

Nicht minder groß und allgemein als damals wird in unseren Tagen die Freude sein, wenn der Friede zwischen den Hohenzollern und Welsen endgültig geschlossen wird, und gleichen Segen, wie er ehemals aus solchem Friedensschlusse erblühte, wünschen wir auch für eine lange Zukunft unserer Braunschweigischen Heimat, wie dem großen deutschen Vaterlande.

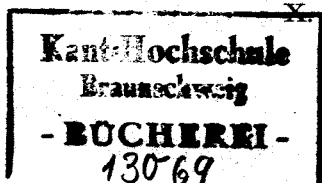
Da haben Sie, werter Freund, mit mehr Worten als Ihnen lieb sein wird, den Standpunkt, den wir Braunschweiger in der Frage einnehmen, die schon so viele berufene und weit mehr unberufene Federn in Bewegung gesetzt hat. Nun sehen Sie auch, weshalb wir uns zurückhalten, weshalb von unserer Stimmung so wenig in die Öffentlichkeit gelangt. Wir sehen, auf Gott vertrauend und unseren Kaiser, dem weiteren Verlaufe der Dinge ruhig entgegen und sind der Meinung, daß an den Stellen, wo die Entscheidung liegt, durch eine lärmende Agitation eher geschadet als genutzt werden kann.

Jetzt habe ich Ihnen alles gesagt, was ich auf dem Herzen habe. Denken Sie danach nicht schlechter von mir. Brechen einmal ernste Zeiten über unser deutsches Vaterland herein, so wird es sich ja zeigen, wer die treuesten Freunde des Vaterlandes sind, ob die Männer, die nach Pflicht und Gewissen den Rechtsboden glauben bewahren zu müssen, oder die, die über solche Bedenken leicht und mit tönenden Worten sich hinwegsetzen können.

Ich sehe dem Allen getrost entgegen und verbleibe

mit herzlichem Gruße

nach wie vor Ihr ergebener



Ueber die Braunschweigische Frage ist in meinem Verlage
ferner erschienen:

Was bedeutet der Ausdruck

Saus Braunschweig

in unserem Erbhuldigungsseide?

Eine kritische Untersuchung

von

Dr. Paul Zimmermann,

Herzoglich Braunschweigisch-Sämeburgischem Archivar.

Zweite durchgesehene Auflage.

Preis 60 Pf.

Im Verlage von **Richard Sattler** in Braunschweig erschien:

Betrachtungen

zur

Braunschweigischen Thronfolgefrage

vom

Oberlandesgerichtsrath Dr. jur. Adolf Bedekind

in Braunschweig.

2 Hefte. Preis pro Heft 50 Pf.

(Inhalt: **Heft I:** Die preussische Aktion. — Zur Wahl des Regenten. — Unantastbarkeit des Thronfolgerechts. —

Heft II: Rückblicke. — Die gegenwärtige Lage. — Die Eidesfrage in der Landesversammlung. —)

Weitere Schriften aus und über Braunschweig aus dem Verlage von Julius Zwißler in Wolfenbüttel:

Brandes, Karl, Das ehemalige fürstliche Lustschloß Salzdahlum und seine Überreste. Geschichtsabrig und Beschreibung. Mit 9 Holzschnitten. Herausgegeben von dem Ortsvereine für Geschichte und Altertumskunde zu Braunschweig und Wolfenbüttel. Brosch. Mk. 2,—.

Hänfelmann, Ludwig, Werkstücke. Gesammelte Studien und Vorträge zur Braunschweigischen Geschichte. 2 Bände.

Brosch. à Mk. 3,—, geb. à Mk. 4,—.

— — Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchive zu Braunschweig. Brosch. Mk. 3,—.

Heinemann, O. von, Die Herzogliche Bibliothek zu Wolfenbüttel. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Büchersammlungen. Zweite völlig neugearbeitete Auflage. Mit vier bildlichen Darstellungen.

Preis brosch. Mk. 6,—, geb. in Halbfranz Mk. 8,—.

— — Aus der Vergangenheit des Welfischen Hauses. Sechs Vorträge. Brosch. Mk. 3,—, geb. Lwd. Mk. 4,—.

Hoek, W., Anton Ulrich und Elisabeth Christine von Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel. Eine auf archivalische Altentstücke begründete Darstellung ihres Übertrittes zur römischen Kirche. Brosch. Mk. 4,—.

Hoffmeister, L. Fr. A., Über meine Verbindung mit den Durchl. Herzögen Karl und Wilhelm zu Braunschweig-Lüneburg. Tagebuchblätter, herausgeg. von Dr. Hoffmeister. Mit 2 Lichtdruckbildern. Mk. 1,50.

Koldewey, Prof. D. Dr. Friedr., Geschichte des Schulwesens im Herzogtum Braunschweig von den ältesten Zeiten bis zum Regierungsantritt des Herzogs Wilhelm im Jahre 1831. Im Überblick dargestellt. Mk. 3,—.

— — Beiträge zur Kirchen- und Schulgeschichte des Herzogtums Braunschweig. Brosch. Mk. 3,—, geb. Mk. 4,—.

Rhamm, A., Hexenglaube und Hexenprozesse, vornehmlich in den braunschweigischen Landen. Brosch. Mk. 1,50.

— — Die betrüglichen Goldmacher am Hofe des Herzogs Julius von Braunschweig. Nach den Prozeßakten dargestellt. Brosch. Mk. 2,—.

